

Demokratische Sozialisten

Grundsätzliche Position der Demokratischen Sozialisten (DS) zum Ansatz der »Radikalen Linken«

Erarbeitet und beschlossen vom Bundesausschuß der DS am 5.11.89 und 16.12.89

Die Demokratischen Sozialisten sehen in den beginnenden Diskussionen der Linken einen ersten wichtigen Schritt, aus der Krise der Linken herauszukommen. Mit anderen linken Gruppen über gemeinsame Perspektiven zu diskutieren und zusammenzuarbeiten, gehörte von Anfang an zum Selbstverständnis der Demokratischen Sozialisten. Es ist bedauerlich, daß dies erst durch das Scheitern linker Opposition innerhalb der Grünen und die Reformunwilligkeit der DKP zustandekommt und sich nicht schon früher entwickelt hat. Auch wenn dies zunächst noch in getrennten Diskussionsforen stattfindet, so ist der Radikalen Linken wie den ErneuerInnen doch gemeinsam, daß sie nicht nach einer kurzfristigen pragmatischen Organisationslösung suchen, sondern zunächst über die Grundlagen zeitgemäßer sozialistischer Politik diskutieren wollen.

Eine neue Perspektive für die Linke entsteht nicht allein aus dem Erkennen bisheriger Fehler, sondern erst wenn es gelingt, eine aktuelle Gesellschaftsanalyse auf Grundlage aller Realitäten dieser Gesellschaft zu erarbeiten, wenn die noch zu erarbeitenden, grundlegenden Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft eine verständliche und annehmbare Alternative darstellen und wenn daraus gemeinsame Lösungsansätze und Forderungen zu den aktuellen Problemen der Menschen hervorgehen.

Ein Drängen nach rein organisatorischer Vereinheitlichung, um lediglich wieder aktionsfähig zu werden, wäre genauso falsch, wie es die scheinbare Sicherheit in geschlossenen Weltansichten war, die stets Teile der Realität ausgeblendet haben.

Bisher ist die Diskussion über einen gemeinsamen Politikansatz für die Radikale Linke noch längst nicht abgeschlossen. Mit dieser Positionsbestimmung der DS wollen wir unseren Beitrag zu einer solchen Diskussion leisten.

Schnelle Wege zu neuen Ufern?

Die Krise der Linken ist älter als die Modernisierungspläne und die parlamentarische Etablierung der Grünen. Daß die Linke bei ihren Verstrickungen in diverse Dogmen keine glaubwürdige Alternative ent-

wickeln konnte und letztlich zwischen den Konsumangeboten des Kapitalismus und der Unattraktivität »realsozialistischer« Wirklichkeit zerrieben werden mußte, war eine Frage der Zeit.

Was in den letzten Jahren versäumt wurde, ist nicht im Schnellschuß aufzuholen, denn die Suche nach Auswegen aus der heutigen Perspektivlosigkeit der Linken müßte mit der Aufarbeitung der Krise des Marxismus beginnen. Der Dogmatismus in den »realsozialistischen« Ländern, der DKP und den linken Splittergruppen einerseits und andererseits der Reformismus, der Hoffnungen auf einen bequemen Weg zu Veränderungen nährt, obwohl er die Interessen der Lohnabhängigen immer wieder preisgibt, standen einer gemeinsamen Weiterentwicklung des Marxismus im Weg. Dazulernen hieße zu erkennen, daß mit den Veränderungen der Ökonomie, der Lebensweise der Menschen und der politischen Herrschaftsformen eine stetige Aktualisierung des Marxismus einhergehen muß, wie sie einem lebendigen Marxismus eigen ist.

Eine Aktualisierung kann nur neue Qualität erlangen, wenn hierzu gesellschaftliche Realitäten und Erfahrungen der verschiedenen Milieus eingebracht werden. Jede Gruppe kann hier wichtige Aspekte beitragen, die erst zu einem Ganzen werden, wenn die Diskussion nicht zwischen den unterschiedlich wahrgenommenen Realitäten entscheiden soll, sondern sie zusammenführt. Die Radikale Linke könnte, von der Bündnisbreite her, ein Ausgangspunkt sein.

Der Grundlagenentwurf, der die Diskussionen bisher weitgehend dominiert, verfehlt jedoch das Ziel einer gemeinsamen Plattform. Er vermischt grüne Vergangenheitsbewältigungen, Beschreibungen einzelner Realitäten, Polemiken gegen »Modernisierer« und »Anpasser«, neue Zielgruppen, Strategiethesen und einiges mehr zu einem Rundumschlag, der in der weiteren Diskussion eine Verzettelung in einzelne Aspekte riskiert und das Herausarbeiten gemeinsamer Grundübereinstimmungen über den Willen zur Opposition gegen »Modernisierung« hinaus schwer macht.

Modernisierung oder Wandel des Kapitalismus?

Der oberflächliche Konsens »gegen Modernisierung des Kapitalismus« besteht bislang nicht in der gemeinsamen Erarbeitung der grundlegenden Veränderung des Kapitalismus und der Einschätzung dieser Weiterentwicklung. Vielmehr richtet sich die »Radikale Linke« zunächst gegen gesellschaftliche Entwicklungstendenzen, die nicht ausreichend in derzeitige Krisenerscheinungen, Verschärfungen des Alten und erste Ausprägungen einer neuen Form von Kapitalismus differenziert werden.

Rationalisierung und Automatisierung und als Folge ein Anstieg von Arbeitsproduktivität über dem Anstieg des Sozialprodukts, sinkende Reallöhne im Aufschwung und vagabundierendes Kapital auf verselb-

ständigsten Finanzmärkten gehören eher zu den Krisenerscheinungen des bisherigen fordistischen Kapitalismusmodells.

Als »Modernisierung des Kapitalismus« wird in weiten Teilen der Politik verstanden, einen drohenden Kollaps kapitalistischer Produktionsweisen zu verhindern, indem globale Krisen (ökologische, soziale wie ökonomische) verhindert oder eingedämmt werden sollen. Eine Perspektivdiskussion der Linken darf nicht bei der Kritik einer Krisenbewältigung stehenbleiben, sondern muß sich mit den Thesen über einen sich entwickelnden neuen Kapitalismustyp, einer nachfordistischen Gesellschaft, auseinandersetzen. Die Übereinstimmung gegen »Modernisierung« greift daher zu kurz, da sie einen grundlegenden Wandel der kapitalistischen Gesellschaft nicht erfaßt.

Die Entwicklung der Neuen Technologien (Computer-/Informations-/Bio- und Gentechnologie) eröffnet neue Akkumulationsbereiche, die über die bisherige Warenproduktion hinausgehen. Wie die Konsumgüterproduktion des Fordismus sich ihre Gesellschaft geformt hat, kann auch die Einbeziehung weiterer Teile des Reproduktionsbereiches in die Akkumulation und die technische Beherrschbarkeit einer individualisierten Bevölkerung sich neue Lebensgewohnheiten schaffen. Differenzierungen und Flexibilisierungen von Arbeitszeiten, Zersplitterung noch vorhandener Klassen und Schichten, genetische Selektion der Menschen (bzw. der Lebewesen schlechthin), um gesundheitsgefährdende Arbeits- und Umweltbelastungen usw. beibehalten zu können, gehören eher zu den möglichen Vorboten einer gewandelten Gesellschaft. Eine Gesellschaftsentwicklung in dieser oder ähnlicher Richtung nicht in die Diskussion über Perspektiven einzubeziehen und sich mit den daraus ergebenden Widerstandsmöglichkeiten und -formen nicht auseinanderzusetzen, kann sich die Linke nicht erlauben.

Wer oder was ist links??

Die Grüne Partei hat sich etabliert und sich darüber hinaus durch die Zusammenarbeit mit der SPD bei den verschiedenen Koalitionen in einen Reformismus einbinden lassen, der sich — spätestens in Krisenzeiten offensichtlich — zum Nachteil der Bevölkerung auswirkt. Diese rosa/grüne Politik erscheint vordergründig auf einigen Ebenen als Fortschritt. Einzelne Verbesserungen im Ökologiebereich (Ausbau ökologischer Inseln, Bekämpfung der Benutzung von Umweltgiften, Auseinandersetzung mit Verursachern der Umweltverschmutzung usw.) ändern jedoch im grundsätzlichen nicht die nach wie vor stattfindende Produktion bzw. den Gebrauch von Umweltgiften und verhindern nicht die Umweltzerstörung. Dadurch wird selbst auf ökologischem Gebiet ein grundlegender Wandel verhindert.

Dennoch kann aus der Entwicklung der Grünen nicht der grundsätzliche Schluß gezogen werden, parlamentsbezogene Politik müsse im Reformismus enden. Daß sich aus Neuen Sozialen Bewegungen und

den Grünen als parlamentarischem Arm keine systemverändernde Kraft ergeben hat, lag nicht zuletzt an der Schwäche der Linken, die Grenzen parlamentarischer Veränderungen überzeugend aufzuzeigen und eine eigenständige außerparlamentarische Opposition vor Vereinnahmung und letztlich Absorption zu bewahren. Eine Polarisierung zwischen parlamentsorientierter Reformeuphorie (gestern: »Willi wählen«, heute: »Rosa/Grüne-Besoffenheit«) und radikalem Antiparlamentarismus weiter voranzutreiben, würde den Wirkungskreis der Linken auf einen kleinen Teil der kritischen Bevölkerung beschränken und die Selbstisolierung fortsetzen.

Eine weitere für uns falsche Orientierung findet sich in der (aus verschiedenen Passagen herauszulesenden) Beschreibung der Zielgruppen der »Radikalen Linken«: leistungs- und integrationsfeindliche, emanzipatorische Subkulturen. Das Grundlagenpapier distanziert sich zwar vom Automatismus einer Verelendungstheorie, aber dennoch entsteht der Eindruck, es sollen die aus einer Versorgungsperspektive ausgegrenzten Teile der Bevölkerung — die Marginalisierten — als Subjekt der Veränderung auserkoren werden. Gleichzeitig wird in der überarbeiteten Fassung ein Bild vom »Rest« der Gesellschaft entworfen, in dem nur »Anpassler« und rücksichtslose »Modernisierungsgewinner« existieren (neue Absätze am Ende des Teils »Keine Hoffnung auf die Grünen«). Dies hieße, den »Versorgten«, also den anderen zwei Dritteln der Gesellschaft, jeden Willen zu Veränderung abzusprechen. Doch politisches Bewußtsein entscheidet sich — heute mehr als früher — nicht am Geldbeutel oder an der gesellschaftlichen Stellung allein. Gewerkschaften und Frauen-, Antiatom-, Ökologie- oder Friedensbewegung sind zwar keine antikapitalistischen Bewegungen, sie zeigen doch aber deutlich, daß »Versorgtheit« nicht automatisch heißt, die kapitalistische Realität bedingungslos hinzunehmen. Die Trennlinie einer Zweidrittel-Gesellschaft, die von den Kapitalstrategen bewußt als Herrschaftsmittel eingesetzt wird, von uns aus zu ziehen oder auch nur zu akzeptieren, wäre für uns nicht tragbar. Aufgabe sozialistischer bzw. linksradikaler Politik muß dagegen sein, solchen Spaltungsversuchen entschieden entgegenzutreten und denen, die sie billigend in Kauf nehmen, klarzumachen, daß die Ausgrenzung auch ein Mittel zu ihrer Disziplinierung ist. Dies mindert nicht unsere Solidarität mit den Ausgegrenzten, die für ihre unmittelbaren Interessen kämpfen.

Die Entwicklung von Gegenmacht ist ein wichtiger Faktor in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirklichkeit und der Vermittlung sozialistischer Politik. Subkulturen zu retten und »die noch vorhandenen Ansätze zu sozialer Selbstbestimmung zu bündeln und sie mit politischen Initiativen zu verbinden, die einen Neuaufbau einer radikalen Gegenmacht zum Ziel haben« scheint uns eine Zielgruppe zu sein, die zwar besonders radikal sein mag, die aber nur einen Teil des

Widerstandspotentials in dieser Gesellschaft umfaßt, das nötig wäre, die Dimension von *Gegenmacht* zu erreichen.

Statt dessen muß die Linke aufzeigen, daß es notwendig ist, *Gegenmacht* auf *allen* Ebenen des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln. Nur ein Zusammenführen verschiedener oppositioneller Bewegungen, auch derer, die noch nicht systemüberwindenden Charakter haben, kann nach unserer Einschätzung in der Lage sein, eine Ausweitung der Volkssouveränität auf und in allen Bereichen durchzusetzen.

Trotz fortschreitender Repression, Kriminalisierung und Beschneidung von Grundrechten bietet die bürgerlich-demokratische Republik erste wichtige — und auch im Sozialismus unverzichtbare — Freiheitsrechte, auf denen sich die Auseinandersetzung um sozialistische Politik entwickeln kann. Auch in dieser Hinsicht ist das Aufbrechen der vorhandenen Strukturen in den Ländern des sogenannten »realen Sozialismus« durch eine Volksbewegung von großer Bedeutung. Hier zeigt sich nicht nur, daß der Sozialismus Stalinscher Prägung zum Niedergang verurteilt ist, sondern auch, daß es Sozialismus ohne Demokratie und Selbstbestimmung nicht gibt; ebenso wie wirkliche Demokratie und Selbstbestimmung ohne Sozialismus nicht möglich ist.

Gegenüber denen, die sich lediglich arrangieren, die an das Märchen vom menschlichen Kapitalismus glauben, muß aufgezeigt werden, daß eine Bewegung, die ihre Kraft auf die Mitwirkung in diesem System reduziert und keine neuen sozialistischen Formen von Mitbestimmung bis zur Selbstbestimmung in Ökonomie, Politik und Gesellschaft hervorbringt, sich nur ins Gegenteil verkehren kann. Die Folge sind Anpassung an bestehende gesellschaftliche Zustände und die Deformierung der außerparlamentarischen Aktivitäten.

Errungene Rechte und Freiheiten gegen die Angriffe der Herrschenden nicht nur zu verteidigen, sondern ihren radikalen Ausbau in allen Bereichen zu fordern, betrifft nicht nur Teile dieser Gesellschaft, sondern die Mehrheit. In dieser Auseinandersetzung sind die Gruppen, die noch keine eigenen Strukturen haben, genauso Bündnispartner wie bestehende Interessenorganisationen. Betrieb und Gewerkschaft sind für uns daher auch weiterhin wichtige Arbeitsgebiete, in denen wir für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten und sie so an sozialistische Politik heranführen können. Dies ändert sich auch nicht durch die Tatsache, daß die Gewerkschaften in alten überholten Strukturen verhaftet sind und vielfach in die Zielsetzungen der kapitalistischen Reproduktionsapparatur eingespannt werden.

Für einen Sozialismus hier und jetzt streiten

Wenn sich die Linke auch an einen Tisch setzt, so ändert sie damit noch nicht die politischen Realitäten in der BRD. Der Trend ist nicht auf unserer Seite, von Radikalisierungen innerhalb dieser Gesellschaft pro-

fitieren z. Z. überwiegend die Rechten, der Rückzug ins Private wird oftmals der eigenen Einmischung in die Politik vorgezogen; das Sicheinrichten im Kapitalismus oder das Ausnutzen von Nischen werden dem organisierten Widerstand vorgezogen.

Dennoch darf es nicht bei einem reinen »Überwintern« oder »Warten auf bessere Zeiten« bleiben, wie es von vielen heute praktiziert wird. Die Linke hat immer noch Einfluß auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Auch wenn es dabei heute immer wieder um Abwehrkämpfe geht, deren Spielplan von den Kapitalinteressen diktiert wird, beinhalten gesellschaftliche Auseinandersetzungen immer radikalisierende Momente, können systemverändernde Forderungen eingebracht werden.

Die Linke kann nicht darauf verzichten, das eigene Theoriegebäude gemeinsam zu aktualisieren, eine Plattform zu erarbeiten, Kongresse zu veranstalten. Sich lediglich darauf zu beschränken, im erlesenen Kreis analysierend und kommentierend zu beobachten, halten wir für einen Fehler. Wenn wir eine weitere Anpassung von immer mehr Menschen verhindern wollen, können wir nicht darauf verzichten, heute Alternativen aufzuzeigen und zu publizieren. In einigen Themenbereichen werden wir auch schon jetzt übereinstimmende Einschätzungen und Forderungen haben, auf deren Grundlage wir uns als gemeinsame Fraktion mit den etablierten Parteien und Kapitalismusmodernisierern auseinandersetzen können. Es geht nicht um eine Aktionsfähigkeit um jeden Preis, nicht um irgendeine übereilte Partei- oder Organisationsgründung, nicht um Auflösung bestehender Strukturen, sondern um eine bessere Vernetzung.

Zum Selbstverständnis der DS gehört die Überzeugung, daß sich eine Veränderung dieser hochorganisierten Gesellschaft auch nur in organisierter Form erreichen läßt. Ein gemeinsames Eingreifen, gemeinsame Diskussionen, regionale Zusammenhänge zu vernetzen und zusammenzuführen, setzt eine Informations- und Organisationsstruktur voraus, die über eine Kongreßvorbereitung hinausgeht. Die Diskussion von neuen Strukturen ist nicht nur eine Formalie, die aufhält oder von Inhalten ablenkt. Hier bei einem »hoffentlich bald zunehmend organisiert, und lokal in konkreten, praktischen Auseinandersetzungen« (Schlußsatz des Grundlagenentwurfs) stehenzubleiben, ohne die nötige Umsetzung auch mit allen zu diskutieren, muß frommer Wunsch bleiben. Ein halbes Jahr »Radikale Linke« hat bisher keine eigene Dynamik entwickeln können, ohne die eine Diskussion von hartgesottene[n] Politprofis sicher auskommt, sich aber keine verbreitete Basis erreichen läßt.

Anmerkungen zum »Entwurf für eine politische Grundlage des Kreises ›Radikale Linke‹«

Vorbemerkung

Die »Radikale Linke« hat zur Zeit keine beschlossene politische Grundlage. Der von einer Redaktionsgruppe überarbeitete Vorschlag von Thomas Ebermann und Rainer Trampert wurde auf den Treffen der »Radikalen Linken« bislang nur in Einzelfragen diskutiert; verabschiedungsreif im Sinne eines Konsenses der dort versammelten Strömungen ist der Text nicht. Dennoch lohnt eine eingehendere Auseinandersetzung mit den dort vorgetragenen Positionen, da die innerlinke Diskussion über den Politikansatz der RL sich im wesentlichen nur auf dieses Papier stützt. Diese Auseinandersetzung hat nicht den Charakter einer Art »Generalkritik« am Politikansatz der »Radikalen Linken«, sondern soll einige Argumente für und wider die im Papier vorgetragenen einzelnen Positionen zusammentragen.

Die Ausgangssituation der RL

1. Als wichtigster Faktor zur Entstehung der »Radikalen Linken« werden Entwicklungen innerhalb der Grünen, der Frauenbewegung und der DKP genannt. Es wird behauptet, diese drei Richtungen linker Politik seien auf dem Weg zur Integration in das bürgerlich-parlamentarische System, sie seien im Begriff, »in einem harmonischen Konsens den Kapitalismus mitzugestalten«, statt wirklich links, also systemoppositionell, zu arbeiten. An dieser Einschätzung ist einiges richtig, denken wir nur an die Rechtsentwicklung der »Grünen«, die tatsächlich fortschrittliche Anteile zunehmend ausgrenzen.

Dennoch erkennen wir in solchen Aussagen eine undialektische Vorgehensweise. Die Fragestellung, inwieweit die vorhandenen Tendenzen nicht auch Ergebnis des Drucks der hiesigen Verhältnisse sind, legitime Versuche also, mit der hiesigen Wirklichkeit umzugehen, kann nicht gestellt werden, wenn »die anderen« schlicht der »Anpassung« beschuldigt werden. Ebenso wird der Blick auf die Frage versperrt, ob es nicht möglicherweise richtige Anteile in den als falsch erkannten Positionen gibt, die zu übernehmen und in einen sozialistischen Zusammenhang zu stellen wären.

2. Eine solche Kritik am Papier der »Radikalen Linken« läßt sich anhand der genannten drei Strömungen verdeutlichen.

Die Auffassung, der »Kampf von Frauen um Selbstbestimmung wurde auf eine sozialdemokratische Gleichstellungspolitik reduziert« und damit ins System integriert, vernachlässigt, daß a) nicht jede

Gleichstellungspolitik per se sozialdemokratisch ist, nur weil der Rahmen des Kapitalismus nicht gleich gesprengt wird, und daß b) manche Staatstätigkeiten, z. B. Frauenbeauftragte, Quotierungen bei Stellenplänen, Gerichtsurteile für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit etc., durchaus die Ausgangsbedingungen und die Spielräume für die Arbeit radikaler Teile der Frauenbewegung verbessern können. Es kommt hier immer auf den gesellschaftspolitischen Zusammenhang der einzelnen Maßnahmen an. Denn erstens stünde es einer sozialistischen Bewegung gut an, innerhalb der eigenen Reihen die als »bürgerlich« diffamierten Maßnahmen (Quotierungen, Stellenpläne u. v. a.) konsequent umzusetzen. Zweitens ist die umstrittene Gleichstellungspolitik ein im Rahmen der von uns zu erringenden sozialistischen Gesellschaftsordnung erstrebenswertes Element.

Trotz aller Rechtsentwicklung ist es auch den »Grünen« gelungen, ökologische Fragen für einen Großteil der Bevölkerung verständlicher zu machen. Was könnte außerdem schlecht daran sein, wenn der Kapitalismus versuchte, ökologischer zu wirtschaften? Manche Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems, z. B. umweltpolitische Auflagen für die Industrie, wären auch im Sozialismus zu übernehmen.

Über die beiden Strömungen der DKP, die »ErneuererInnen« und die »BewahrerInnen«, schließlich wird behauptet, beide näherten sich inhaltlich der europäischen Sozialdemokratie an. Sicher ist auch dies zum Großteil richtig. Übersehen wird allerdings wiederum, daß diese Annäherung es den kommunistischen Parteien — auch in anderen westeuropäischen Ländern — leichter macht, stalinistische Strukturen und Inhalte in Frage zu stellen und möglicherweise zu überwinden. Das Scheitern von für die BRD vorgesehenen stalinistischen Sozialismusmodellen und Parteikonzepten, das ehrliche Bemühen vieler DKP-Mitglieder in beiden Fraktionen (bei den »ErneuererInnen« allerdings glaubhafter als bei den »BewahrerInnen«) um eine Überwindung innerparteilicher bzw. innerlinker Verkrustungen, um eine kritische Distanz zu den Ländern des »real-existierenden Sozialismus« wird mit dem schlichten Weltbild der »Anpassung« an den Kapitalismus zu sehr auf die leichte Schulter genommen. Was die Entwicklung der »ErneuererInnen« betrifft, so lassen sich vielfältigere Tendenzen feststellen, als sie von der »Radikalen Linken« gesehen werden: Da gibt es GenossInnen, die sich ins »Private« zurückziehen, die nach mäßigen innerparteilichen Reformen wieder zur DKP zurückgehen, die zu Rosa-Grün wollen, und letztlich diejenigen, die für eine eigenständige sozialistische Orientierung ansprechbar sind. Zwar ist hier nicht erkennbar, daß sich ein neuer organisationspolitischer Ansatz (ob in oder außerhalb der DKP) durchsetzen kann, da es sich eher um individuell betriebene Vorstellungen handelt. Dennoch war und ist dieses Umfeld einer der größeren Bestandteile der Linken, an dem mensch nicht umstandslos vorbeigehen sollte.

3. Trotz der vorgetragenen antiparlamentarischen Positionen läßt sich dem Papier entnehmen, daß es eine gemeinsame und vor allen Dingen klare Position zum Verhältnis von Linken zum bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus nicht gibt. Betont wird allerdings zu Recht, daß die Frage nach möglichen eigenen linken Kandidaturen keine Grundsatzfrage ist. Vielmehr hängt eine Entscheidung für oder gegen eine Kandidatur von der politischen Situation ab und muß jeweils »mit Gelassenheit« diskutiert werden. Diese »Gelassenheit« kann jedoch erst mit gemeinsamen Auffassungen über den Stellenwert von Parlamentsarbeit im Rahmen linker Politik hergestellt werden. Unsere grundsätzliche Auffassung unterscheidet sich hier in gewissem Maße von den im Papier vorgetragenen Positionen. Es ist nämlich keine Frage, ob die »von diesem System . . . gebotenen Möglichkeiten sichtbarer politischer Intervention« genutzt werden müssen. Die Frage ist nur, in welcher Form diese Intervention angemessen ist.

Die Sichtweise der kapitalistischen Wirklichkeit

4. Obwohl wir die Sicht einzelner Elemente der Umstrukturierung des Kapitalismus in den Metropolen teilen, fehlen uns Hinweise auf den Hintergrund: den Zugriff des Kapitalismus auf Bereiche des menschlichen Lebens, die bislang nicht bzw. nicht in diesem Maße der Kapitalverwertung unterworfen waren. So werden die Bio- und Gentechniken nur im Hinblick auf die Kontrolle der Bevölkerung untersucht, nicht aber in bezug auf ihre (zukünftige) Bedeutung für die Mehrwertproduktion. Weiterhin gehört hier eine weitere Durchkapitalisierung der Freizeit genannt etc. Die Elemente der heutigen Arbeitsorganisation sowie die Aufsplitterung der Arbeitsmärkte sind dagegen weitgehend richtig beschrieben. Dagegen ist zur Zeit noch unklar, ob diese Tendenzen tatsächlich schon den »modernisierten« Kapitalismus ausmachen oder ob hier nicht vielmehr Symptome einer Umbruchkrise vorliegen, deren Ergebnis nicht im Vorgriff festgelegt werden kann.

5. Die Analyse der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse suggeriert, der beschriebene Prozeß sei nicht mehr beeinflussbar. Im Widerspruch dazu steht die Forderung, daß »jede radikale linke Politik . . . an der Produktion und an der Lage der Menschen in ihr ansetzen (muß)«. Dies scheint in der politischen Praxis ein bloßes Lippenbekenntnis zu sein, wenn auf der anderen Seite den »JobberInnen« bzw. »GelegenheitsarbeiterInnen« gegenüber den normaltariflich abgesicherten Lohnabhängigen der größere Stellenwert zukommt. Gerade im letzteren Bereich finden gewerkschaftliche und/oder politische Kämpfe statt. Im Kontrast zu ihnen scheint für die »Radikale Linke« ausgemacht, daß die Gewerkschaften nichts weiter zustande bringen, als »die Interessen der Stammbelagschaften zu vertreten«; wenn es im Papier um die Frage geht, wer denn die erhoffte »Gegenmacht« zu den herrschenden Verhältnissen aufbauen soll, so geraten die Gewerkschaften vollständig aus dem

Blick. Wir halten dies für eine unzulässige Verkürzung der für die Linke relevanten Kampffelder.

6. Das Papier suggeriert, daß die »Opfer der Modernisierungsoffensive« nur die aus dem Arbeitsprozeß Ausgegrenzten und an den Rand Gedrängten sind. Angesichts der durch immer schnellere Bandgeschwindigkeiten, monotone Bildschirmarbeitsplätze usw. gebeutelten Stammbelagschaften scheint uns dies eine Reduzierung der Opfer-Statistik zu sein.

Allein die Frage zu stellen, ob Ausgegrenzte und Rechtlose um ihre »unmittelbaren Interessen kämpfen und sich deshalb links orientieren« werden, greift zu kurz. Eine solche Trennlinie, die von den Kapitalstrategen bewußt als Herrschaftsmittel eingesetzt wird, von uns aus zu ziehen oder auch nur zu akzeptieren, wäre für uns nicht tragbar. Aufgabe sozialistischer bzw. linksradikaler Politik muß es dagegen sein, solchen Spaltungsversuchen entschieden entgegenzutreten und denen, die sie billigend in Kauf nehmen, klarzumachen, daß die Ausgrenzung ein Mittel der Disziplinierung ist. Dies mindert nicht unsere Solidarität mit denen, die für ihre unmittelbaren Interessen kämpfen.

7. Die Ausbeutung der »Dritten Welt« erscheint lediglich als Randthema, ihre Bedeutung als strukturelle Grundlage des BRD-Wohlstandes wird im Papier nicht erwähnt. Die Beschreibung des BRD-Imperialismus beschränkt sich auf die Vereinnahmung des europäischen Marktes, die »Rückgewinnung« des Ostens und die Führungsrolle im europäischen Kapitalblock gegen die beiden anderen Blöcke. In den Rahmen einer gemeinsamen Plattform gehört doch zumindest, das BRD-Kapital als tragende Kraft von IWF und Weltbank zu benennen und Aufgaben von radikalen Linken in der Internationalismusarbeit zu entwerfen.

Auch in der Auseinandersetzung mit aufkeimendem REP-Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sollte hier ein Zusammenhang gesehen werden: Die Akzeptanz für Imperialismus findet ihre ideologische Basis in der Überhebung abendländischer Kultur. Rassismus und Nationalismus als Arroganz gegenüber dem Rest der Welt und internationale Ausplünderung befördern sich gegenseitig, sie müssen daher auch gleichzeitig bekämpft werden.

Der real-existierende Sozialismus

8. Der Satz »Das System, das sich »realer Sozialismus« nennt, ist am Ende« könnte in seiner tiefen Debität auch von Helmut Kohl stammen. Auch später ist nochmals von »den Kapitulationen des »realen Sozialismus« die Rede. Insgesamt wird das noch offene Ergebnis der dortigen Prozesse ohne gründliche Analysen vorab festgeklopft, obwohl dies nur eine der möglichen und legitimen Einschätzungen ist. Es werden zwar einige unstrittig zu kritisierende Entwicklungen und Tendenzen aufgezeigt, doch fehlt dem Papier eine Analyse und Kritik der Herrschafts-

strukturen in den RGW-Staaten. Viele von uns tendieren eher zu der anderen legitimen Einschätzung: Nicht der »real existierende Sozialismus« (ein von Bahro geprägter Begriff) ist am Ende, sondern der Stalinismus. Und gerade ein Ende des Stalinismus birgt — für Ost und West — eine Reihe möglicher Entwicklungsperspektiven. Daß diese das Risiko beinhalten, kapitalistische Verhältnisse auf Dauer zu installieren, ist richtig, jedoch keine notwendige Entwicklung. Hier und heute eine endgültige Entscheidung zu verlangen, erschwert eine Diskussion, die sich besser mit für uns richtigen und falschen Entwicklungen beschäftigen sollte. Auch wäre es eine undialektische Vorgehensweise, die Interventionsmöglichkeiten der Linken in Ost und West unberücksichtigt zu lassen. Unterschätzt werden darf nicht die Kraft der UdSSR, eine solche Rückeroberung für den Kapitalismus, wie sie vom internationalen Kapital gewollt wird, abzuwehren. Die Kraft der Sowjetunion wurde schon 1941/45 von unseren Großvätern und Vätern unterschätzt, 1985 hätte kaum jemand in Kreisen der westeuropäischen Linken die Fähigkeit der KPdSU vorauszusagen gewagt, sich selbst zu reformieren.

Die Linke der Zukunft und Anforderungen an sie

9. In der Fragestellung, wer für zukünftige linke Politik mobilisierbar ist, folgen die AutorInnen des Papiers weitgehend dem Konzept der »Zweidrittel-Gesellschaft«. »An die Stelle leistungsfeindlich-emanzipatorischer (ist das identisch?) Verhaltensnormen treten ein radikaler Egoismus, offen zur Schau getragene Ellenbogenmentalität und enthemmte Bereicherungssucht auf Kosten anderer. Ein neuer sozialer Condottiere-Typ macht sich breit, der nicht mehr . . . durch fanatisch geleistete eigene Arbeit nach oben will, sondern die Leistung anderer ausbeutet und alles mit Füßen tritt, was sich verweigert oder nicht reibungslos verwertbar ist. . . . In diesem Klima wird die radikale Linke es sehr schwer haben, an gesellschaftskritischem Bewußtsein und emanzipatorischen Utopien festzuhalten. Wenn es nicht gelingt, die ins Abseits gedrängten Strukturen einer leistungs- und integrationsfeindlichen Gegenkultur zu verteidigen und zu erneuern, wird dieses soziokulturelle Milieu bald vollständig verloren gehen . . . Es kommt also darauf an, die noch vorhandenen Ansätze zu sozialer Selbstbestimmung zu bündeln und sie mit politischen Initiativen zu verbinden, die den Neuaufbau einer radikalen Gegenmacht zum Ziel haben.«

In diesen Worten steckt die politisch-taktische Grundkonzeption der »Radikalen Linken«: Zunächst wird ein arg schematisches soziales Gemälde entworfen, in dem auf der einen Seite alle Modernisierungsgewinner stehen, die von vornherein als an das System angepaßt charakterisiert werden; zu ihnen gehören dann offensichtlich auch die Stammebelegschaften, die Mittelschichten, die Intelligenz etc. Auf der anderen Seite stehen die Ausgegrenzten, die Sich-Verweigernden, die

kleinen Subkulturen. Nur aus dem Milieu dieser Subkulturen wird offensichtlich politische Bewegung erwartet. Damit werden mehr als zwei Drittel der Gesellschaft per Definition als AnsprechpartnerInnen ausgegrenzt oder gar als GegnerInnen denunziert. Letztendlich bedeutet dies die Selbstisolierung der Linken, wenn von vornherein darauf verzichtet wird, über die beschriebenen begrenzten Milieus hinauszugehen. Unklare Vorstellungen herrschen offensichtlich davon, was »soziale Selbstbestimmung« und was eigentlich »Gegenmacht« beinhaltet.

10. Die Analyse des neu aufkommenden modernen Faschismus (Republikaner) erscheint in großen Teilen richtig. Positiv hervorzuheben ist vor allem, daß der Rechtsextremismus/Faschismus (über eine genauere Abgrenzung wäre ausführlicher zu streiten) als Massenströmung etwas zu tun hat mit den Umbruchprozessen im Kapitalismus, damit, daß die Menschen für die persönlich erlebten bzw. empfundenen Krisensituationen Auswege suchen, und zwar rechts.

Gefährlich ist jedoch, daß nur eine einzige Konsequenz angegeben wird: »Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauern.« Dies erschöpft sich in purer Wort-Militanz. Unerwähnt bleiben die vielfältigen Formen antifaschistischer Arbeit (Aufklärungsarbeit, Nazi-Parolen überpinseln, Strafanzeigen gegen neo-nazistische Umtriebe); mensch unterläßt die entscheidende Fragestellung, wie diese vielfältigen Formen des Antifaschismus in gemeinsame und dann erst wirklich schlagkräftige Konzepte zu gießen wären. Das Papier droht auf diese Weise (unter keinen Umständen Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen), in sektiererische Isolation umzukippen. Was wäre der Welt erspart geblieben, wenn vor 1933 SPD und KPD, Linksliberale und Gewerkschaften gemeinsam gegen den Faschismus vorgegangen wären!

Unterlassen wird leider auch die wichtige Frage, ob nicht ein Antifaschismus erst dann wirklich wirksam sein kann, wenn die Linke auch gesellschaftspolitische Perspektiven anzubieten hat, die die Krisenerfahrungen der Menschen nach links zu wenden in der Lage sind.

11. Wesentlicher Schwachpunkt des Papiers, wie der Linken insgesamt, ist die Frage der Zielvorstellung: »Die schroffen Negationen sind die Voraussetzung für politische Utopie.« Mit der mehrfachen Erwähnung des Wortes »Utopie« wird des öfteren im Text sozusagen ein Fenster aufgemacht, zu sehen ist dort aber (noch?) nichts. Welche Utopien die »Radikale Linke« hat, bleibt zu entwickeln. Wer jedoch von vornherein nur »Kraft der Negation« sein will, schließt diese weitergehende Perspektive aus.

Erarbeitet und beschlossen vom Bundesausschuß der DS am 5. 11. und 16. 12. 89.